

Bericht

des Schulausschusses

über die Drucksache

20/10855: Stadtteilschulen beim von Fachlehrkräften erteilten Unterricht zu einer gleichwertigen Schulform machen (Antrag DIE LINKE)

Vorsitz: **Wolfhard Ploog**

Schriftführung: **Lars Holster**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 20/10855 wurde dem Schulausschuss am 27. Februar 2014 auf Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der GRÜNEN Fraktion überwiesen. Der Ausschuss befasste sich am 11. April 2014 abschließend mit der Drucksache.

II. Beratungsinhalt

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE stellte den Antrag ihrer Fraktion vor. Sie verwies auf die 2012 im Rahmen eines ländervergleichenden Gutachtens vom **Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB)** festgestellte soziale Disparität in den naturwissenschaftlichen Fächern in Hamburg. Ein Grund dafür könnte der in Hamburg in diesen Fächern häufig und insbesondere an den Stadtteilschulen von fachfremden Lehrern durchgeführte Unterricht sein und dass an den Stadtteilschulen im Durchschnitt eine halbe Stunde weniger Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern stattfinde. Hinzu komme, dass an Schulen mit einem niedrigen Sozialindex häufiger fachfremd unterrichtet werde. Zur Behebung dieser Beeinträchtigungen fordere sie den Senat zur Entwicklung von Änderungsvorschlägen und zur Einleitung von entsprechenden Maßnahmen zu Beginn des nächsten Schuljahres auf.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter bestätigten, dass an den Stadtteilschulen tatsächlich ein etwas geringerer Anteil von von Fachlehrerinnen und -lehrern unterrichtetem Unterricht stattfinde. Allerdings sei es bisher wissenschaftlich nicht abgesichert, dass nicht von Fachlehrern durchgeführter Unterricht tatsächlich zu sozialer Disparität führe. Vielmehr hätten sich die Kultusminister auf der Kultusministerkonferenz verwundert über diese Aussagen des IQB gezeigt und im gegenseitigen Austausch festgestellt, dass insbesondere im Fach Deutsch keine Zusammenhänge zur Fachlichkeit der Lehrkraft und sozialen Disparitäten bestünden und dass an Grundschulen die didaktische Befähigung die größere Rolle spiele. Die Definition von Fachlichkeit habe ebenfalls zu Diskussionen geführt, so würden Nachqualifikationen in vielen Bundesländern nicht zur Fachlichkeit gezählt, sondern nur die eigentlichen Ausbildungsgänge. Insgesamt gingen sie von einer wissenschaftlich nicht ausreichend untersuchten Relation von Fachlichkeit und sozialer Parität aus und davon, dass es dazu keine Belege durch entsprechende Studien gebe. An den Orientierungsstufen der Stadtteilschulen werde dem Klassenlehrerprinzip folgend häufiger fachfremd unterrichtet als an den Gymnasien, aber dieser Unterschied sei in den Oberstufen weitestgehend

nivelliert. Anhand der bisher durchgeführten KERMIT-Tests, die sie sich zu der Fragestellung angeschaut hätten, könnten sie ausführen, es bestehe – mit dem Vorbehalt der noch nicht repräsentativen Untersuchungsspanne – kein Zusammenhang zwischen der Fachlichkeit der Lehrkraft und einer sozialen Disparität. Somit wollten sie für Hamburg nicht bestätigen, dass es deshalb zu Lernrückständen komme. Da die selbstverantworteten Schulen ihre Personalrekrutierung selbst organisierten, nehme die Behörde keinen direkten Einfluss mehr auf die Personalsituation an den einzelnen Schulen. Ihnen sei bekannt, dass aufgrund der relativen Mangellage von Fachlehrkräften sich Lehrerinnen und Lehrer in der komfortablen Situation befänden, sich ihre Schulen auszusuchen, und dass es in lokalen und sozial schwierigen Randlagen Probleme mit der Rekrutierung des Lehrkörpers gebe. Tatsächliche Versorgungsgänge könnten sie behördlicherseits aber nicht feststellen. Steuerungsverfahren in die Personalgewinnung, die sie als Behörde aufsetzen, würden in die Selbstverantwortung der Schulen eingreifen und zur Folge haben, dass über die Selbstverantwortung der Schulen grundsätzlich nachgedacht werden müsse.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter stellten im Folgenden Maßnahmen vor, um die Fachlichkeit der Lehrkräfte in den Naturwissenschaften sicherzustellen:

- Die bereits erfolgte Änderung der Lehrpläne dahin gehend, dass an den Stadtteilschulen der Lernbereich Naturwissenschaften wieder in die einzelnen Fächer Chemie, Physik, Biologie und Informatik und Technik aufgegliedert worden sei; fast alle Stadtteilschulen seien zu dieser Einzelfachlichkeit zurückgekehrt.
- Eine sich bereits in der Umsetzung befindende Steuerung der Referendare insbesondere mit naturwissenschaftlicher und mathematischer Ausrichtung dahin gehend, diese an schwer zu vermittelnde Schulen zu schicken; in der Folge davon finde der sogenannte Klebeeffekt statt, sodass die Referendare nach dem Examen an ihren Ausbildungsschulen verblieben.
- Für alle Grundschulen hätten sie die Zahl der Mathematiklehrerinnen und -lehrer erhoben und erhebliche Unwuchten festgestellt; alle Grundschulen seien dringend aufgefordert worden, mindestens eine Lehrkraft mit Mathematik als Ausbildungsgang zu beschäftigen.

Zusammenfassend stellten die Senatsvertreterinnen und -vertreter fest, es gebe ein größeres Ausmaß eines fachfremden Unterrichts insbesondere an den Orientierungsstufen der Stadtteilschulen, allerdings gebe es bisher keinen abgesicherten wissenschaftlichen Beweis der Kohärenz zwischen fachfremdem Unterricht und sozialer Disparität. Die bisherige Personalpolitik der selbstverantworteten Schulen wollten sie nicht aufheben, denn insgesamt habe sich diese in vielerlei Hinsicht bewährt. Aber sie hätten wie geschildert einzelne Maßnahmen eingeleitet.

Die Abgeordnete der GRÜNEN Fraktion stellte Fragen zu folgenden Fragekomplexen:

- **Personalsteuerung:** Auch sie halte die selbstverantwortete Schule für richtig, regte aber Ziel- und Leistungsvereinbarungen zur Festsetzung eines definierten Rahmens an Fachlehrern an und wollte dazu eine Einschätzung hören. Die Fachlehrerversorgung in den KESS-1- und KESS-2-Gebieten schein ihr schwierig und sie wollte in diesem Zusammenhang wissen, wie hoch die Personalfuktuation an diesen Schulen sei.
- **Lehrerausbildung:** Die Abgeordnete der GRÜNEN Fraktion bezog sich auf die Lehrerausbildung in den Ostbundesländern. Die dortige Lehrerausbildung erbringe gute Ergebnisse und sie fragte nach, ob daraus in Hamburg Konsequenzen für die Lehrerausbildung in der ersten und zweiten Phase gezogen werden könnten.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter bestätigten zur Lehrerausbildung, in diesem Bereich müsse aufgrund der veränderten Schullandschaft insgesamt viel geändert werden. Sie wollten dieses wichtige und mittlerweile komplexe Anliegen gemeinsam mit dem Ausschuss im nächsten Jahr bearbeiten. Eine Steuerung der Lehrerversorgung über Ziel- und Leistungsvereinbarungen sei probat und über eine generelle Vereinbarung zur Fachlehrerschaft möglich. Aufgrund der schwierigen Erfahrungen aus der Vergangenheit, als die Schulbehörde den Lehrkörper noch einstellte, wollten sie aber das System der schulischen Selbstversorgung beim Lehrpersonal nicht wieder

auflösen. Definitiv bewährt habe sich der sogenannte Klebeeffekt, der die Fachlehrerinnen und -lehrer an die Schulen binde. Zur Unterstützung der Fluktuation von Lehrerinnen und Lehrern hätten sie verfügt, dass von den Schulen zukünftig Wechselwünsche vom Bestandslehrkörper vor Neueinstellungen zu berücksichtigen seien, sodass Personalbewegungen im System gewährleistet würden. Diese Verfügung sei notwendig geworden, da aufgrund der selbstverantworteten Personalgewinnung die Neueinstellungen den Wechselwünschen vorgezogen worden seien.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE machte deutlich, die Personalauswahl an Schulen werde nicht allein vom Schulleiter getroffen, sondern von einem Auswahlgremium. Aufgrund ihrer Erfahrungen bevorzugten Fachlehrer Schulen mit einem höheren KESS-Index und deshalb sei die Rekrutierung von Fachlehrerinnen und Fachlehrern an vermeintlich unattraktiven Stadtteilschulen schwierig. Ohne die selbstverwaltete Schule abschaffen zu wollen, müsse gewährleistet werden, dass die notwendige Fachdidaktik in den naturwissenschaftlichen Fächern nach der Orientierungsstufe von entsprechenden Fachlehrern erbracht werde. Hamburg habe ein nachgewiesenes Problem mit den mangelnden Mathematikkenntnissen ihrer Abiturienten, das ihrer Meinung nach aus dem nicht ausreichenden Mittelstufenunterricht erwachse. Den von ihnen geforderten Bericht zu den Ursachen dieser Mängel und die geforderten Änderungsentwürfe halte sie für unerlässlich. Sie machte bezüglich des Schulfaches Chemie darauf aufmerksam, dass zu Beginn des letzten Schuljahres kurzfristig mehrere Diplom-Chemiker einen Lehrauftrag von der Behörde erhalten hätten. Daraus sei auf die mangelnde Versorgung der Schulen mit Fachlehrern für den Chemieunterricht zu schließen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter verwiesen erneut auf die eingangs dargestellten drei Maßnahmen zur Nachsteuerung im Fachlehrerbestand:

- Steuerung der Referendare;
- Änderung der Bildungspläne;
- Ziel- und Leistungsvereinbarungen zur Nachsteuerung in der selbstverantworteten Personalpolitik der Schulen beginnend mit den Mathematiklehrern an den Grundschulen.

Sie erklärten, die Schulleitungen hätten sich deutlich gegen eine Eingrenzung ihrer selbstverantworteten Personalpolitik ausgesprochen. Dass zu Schuljahresbeginn Seiteneinsteiger wie beschrieben für den Chemieunterricht eingestellt würden, sei auch durch plötzliche Krankmeldungen, aber auch durch einen gewissen Fachlehrermangel bedingt. Sie begrüßten zwar die Möglichkeit dieser Form der Kompensation durch Seiteneinsteiger, seien sich aber der Problematik der didaktischen und pädagogischen Mängel dieser Maßnahme bewusst. Eine zentrale Zuweisung von zum Beispiel Chemielehrern durch die Behörde würde an dem Mangel dieser Fachlehrer grundsätzlich aber nichts ändern. Es existierten aus der Tradition der Gesamtschulen einzelne sehr erfolgreiche Stadtteilschulen auf der Basis von Reformschulmodellen, die sich durch eine hohe fachliche Abstimmung innerhalb des Lehrkörpers, durch die Einrichtung von Profilklassen oder durch eine äußere Fachdifferenzierung auszeichneten. An diesen Schulen spiele ein Fachlehrermangel keine große Rolle.

Die SPD-Abgeordneten machten deutlich, bei den kürzlich erhobenen statistischen Angaben zu der Fachlehrerschaft an den einzelnen Hamburger Schulen seien die seit Jahren als sehr erfolgreiche fachfremde Fachlehrer arbeitenden Pädagogen nicht erfasst worden, weil ihr Status nicht der Abfragesystematik entsprochen habe. Daraus ergebe sich eine hohe statistische Größe an fachfremdem Unterricht wie zum Beispiel in Biologie, obwohl dieses Fach in der Mittelstufe von fachfremden Lehrerinnen und Lehrern sehr kompetent unterrichtet werde. Die Definition des Begriffes Fachunterricht müsse deshalb aus ihrer Sicht neu überdacht werden. Nachfragen wollten sie zu den Quereinsteigern, wie viele von diesen ein reguläres Referendariat durchliefen, und weiterhin ausgeführt wissen, ob für den Fachlehrermangel in den Pädagogikstudiengängen für Musik, Physik oder Informatik nicht vielmehr die schwierige erste Ausbildungsphase verantwortlich zu machen sei. Aus ihrer Sicht könne an diesem Problem die Behörde für Schule und Berufsbildung keine Abhilfe schaffen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter sagten dazu, in einigen Fächern hätten sie erhebliche Nachwuchsprobleme, dazu gehöre insbesondere das Fach Physik und an den Berufsschulen das Fach Elektrotechnik. In den ersten Ausbildungsgängen gebe es darüber hinaus zu wenige Studienplätze für die Theaterpädagogen, deshalb hätten sie dazu einen Ergänzungskurs über 200 Ausbildungsstunden entwickelt. Seiten- und Quereinsteigern würden sie immer empfehlen, zunächst eine gewisse Zeit an Schulen zu unterrichten, um ihre Eignung für das Lehramt zu testen und erst danach ein Referendariat zu durchlaufen. Sie beobachteten bei diesen Verfahren sehr genau, ob sich diese Personen wirklich für den Pädagogenberuf eigneten, und würden mit diesem Klientel ausführliche Beratungsgespräche führen. Insgesamt bewerteten sie den Quereinstieg in den Lehrerberuf als kritisch und nicht umfänglich erfolgversprechend, weshalb sie diese Maßnahme zur Behebung des Fachlehrermangels eher ausschließen.

Die CDU-Abgeordneten stellten zur Steigerung des Leistungsniveaus für die Mittelstufen und des Rufs der Stadtteilschulen fest, dafür müssten auf Dauer unabhängig von den Gründen für die festgestellten Mängel mehr Fachlehrerinnen und -lehrer eingestellt werden, denn eine fundierte Fachdidaktik in den naturwissenschaftlichen Fächern sei unabdingbar. Sie regten für Schulen in bestimmten Stadtteilen die Schaffung von Anreizen („Incentives“) an, verwiesen auf die Initiative Teach First und fragten nach, warum die Ziel- und Leistungsvereinbarungen nicht konkreter formuliert würden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter befürworteten Teach First als Programm für Studentinnen und Studenten, die nach dem Studium zunächst an Schulen unterrichten wollten, bevor sie in ihr eigentliches Berufsfeld einstiegen. Sie hätten dieses Programm bereits erfolgreich an den Schulen eingesetzt. Zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen führten sie für die Stadtteilschulen aus, hier sähen sie für die Mittelstufen einen konkreten Handlungsbedarf, den sie nach der Auswertung der KESS-13-Studie formulieren wollten. KESS 13 habe deutlich gemacht, dass Abiturienten der Stadtteilschulen ein geringeres Leistungsniveau als die der Gymnasien vorwiesen, was laut der Studie insbesondere auf den mangelnden Unterricht in der Mittelstufe der Stadtteilschulen zurückzuführen sei. Dazu wollten sie einen ganzen Maßnahmenkatalog entwickeln.

Auf die Nachfrage der CDU-Abgeordneten, wann der erwähnte Maßnahmenkatalog vorliegen werde, antworteten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, dieser komme im Herbst 2014.

Die FDP-Abgeordnete machte deutlich, der Erhalt der selbstverantworteten Schule sei ein wichtiges Anliegen der FDP-Fraktion, sie wünsche sich allerdings auch baldmöglichst einen konkreten Maßnahmenkatalog für die Mittelstufe. Sie fragte nach, wie groß die Differenz zwischen den Bewerberinnen und Bewerbern für ein Referendariat in den naturwissenschaftlichen Fächern und dem tatsächlichen Bedarf sei.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter wollten diese Frage gegebenenfalls mit einer Protokollerklärung beantworten, müssten aber einschränken, dass sie nicht sicher sein könnten, ob dazu ein Ergebnis lieferbar sei.

Dazu erklärte die Behörde für Schule und Berufsbildung am 24. April 2014 zu Protokoll:

Im Rahmen der o.g. Sitzung wurde die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) vom Ausschuss um eine Protokollerklärung zu folgendem Punkt gebeten:

TOP 1: Für Sekundarstufe II: Differenz zwischen den Bewerberinnen und Bewerbern für ein Referendariat in den naturwissenschaftlichen Fächern und dem tatsächlichen Bedarf zu Protokoll geben

Für die Fächer Biologie und Mathematik ist die Anzahl der Bewerbungen für einen Platz im Vorbereitungsdienst für das Lehramt an der Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen (Lehramt an Gymnasien) im Jahr 2013 deutlich höher, im Fach Chemie geringfügig höher gewesen als die an dem schulischen Bedarf ausgerichtete Anzahl der Plätze. Im Fach Informatik und im Fach Physik besteht nach wie vor eine Diskrepanz zwischen dem schulischen Bedarf und der zu geringen Anzahl von Bewerbungen. Für das Fach Physik zeichnet sich eine leich-

te Entspannung ab, die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber mit einem abgeschlossenen Lehramtsstudium steigt.

| | Chemie | Biologie | Physik* | Mathematik | Informatik* |
|-------------------------------------|---------------|-----------------|----------------|-------------------|--------------------|
| <i>Einstellungstermin 1.2.2014:</i> | | | | | |
| <i>Bedarf</i> | 15 | 10 | 20 | 20 | 5 |
| <i>Anzahl Bewerbungen</i> | 45 | 117 | 20 | 83 | 0 |
| <i>Bewerbungen zurückgezogen</i> | 24 | 9 | 8 | 39 | 0 |
| <i>eingestellt</i> | 10 | 8 | 12 | 17 | 0 |
| <i>Einstellungstermin 1.8.2013:</i> | | | | | |
| <i>Bedarf</i> | 15 | 10 | 20 | 20 | 5 |
| <i>Anzahl Bewerbungen</i> | 50 | 92 | 17 | 84 | 4 |
| <i>Bewerbungen zurückgezogen</i> | 13 | 5 | 8 | 32 | 2 |
| <i>eingestellt</i> | 20 | 14 | 9 | 17 | 2 |

Quelle: Daten der Behörde für Schule und Berufsbildung

* ohne Quereinstiegsbewerbungen

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE begrüßte den von den Senatsvertreterinnen und -vertretern angekündigten Maßnahmenkatalog für die Sekundarstufe I. Sie plädierte erneut für ihren vorgelegten Antrag, der nach den Ursachen für den Fachlehrermangel frage und einen Bericht zum weiteren Verlauf der Situation fordere.

Die SPD-Abgeordneten befanden die Darstellung der Gründe für die Mangelsituation in der Sekundarstufe I für ausreichend und wollten deshalb nicht für einen weiteren Bericht der Behörde stimmen. Auch seien Maßnahmen geschildert und angekündigt worden und deshalb sei der Antrag für sie nicht zustimmungsfähig. Die Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE hätten sie aber als sehr hilfreich empfunden.

Auch die CDU-Abgeordneten begrüßten die erfolgte Beratung des vorliegenden Antrages, wollten aber ebenfalls keinen weiteren Bericht erhalten. Sie würden die angekündigten Maßnahmen hinsichtlich des von der Behörde angekündigten Zeitpunktes prüfen, allerdings müsse deshalb aus ihrer Sicht keine Zustimmung zu dem Antrag erfolgen.

Der Ausschuss kam sodann zur Abstimmung, der mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-, CDU- und FDP-Abgeordneten und gegen die Stimmen der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und der GRÜNEN Fraktion abgelehnt wurde.

III. Ausschussempfehlung

Der Schulausschuss empfiehlt der Bürgerschaft zum Antrag aus der Drs. 20/10855,

diesen mehrheitlich abzulehnen mit den Stimmen der SPD-, CDU- und FDP-Abgeordneten und gegen die Stimmen der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und der GRÜNEN Fraktion.

Lars Holster, Berichterstattung